

Tätigkeitsbericht der Verkehrswacht Bruchsal-Bretten für das Geschäftsjahr 2017, vorgelegt am 25. April 2018 von Klaus Droxler

Allgemeiner Teil:

„Mehr Unfälle, weniger Tote“

Auf diesen kurzen Nenner brachte die Presse die Entwicklung der Unfallzahlen im Berichtsjahr. Trotz eines Anstiegs bei den Verkehrsunfällen ist die Zahl der Toten im Straßenverkehr in Deutschland auf ein Rekordtief gesunken. Im Berichtsjahr kamen 3.177 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben. Dies war der niedrigste Stand seit Beginn der Statistik.¹

„Todesfalle Autobahn“

Mit dieser schockierenden Überschrift wurde in einer Pressemitteilung vor einigen Tagen auf ein Problem aufmerksam gemacht, das so gar nicht in die im Berichtsjahr wieder festgestellten sinkenden Unfallzahlen passt.² Auch wenn die allgemeine Unfallstatistik anderes glauben macht, häufen sich die schweren Auffahrunfälle, in denen Lastwagen in Stauenden rasen. Das jedenfalls ergeben neue Erkenntnisse großer Bundesländer. Auch im Bereich der Verkehrswacht Bruchsal-Bretten lassen immer wieder von LKWs verursachte Auffahrunfälle auf der Autobahn A 5 aufschrecken.

Die Zahl der getöteten Insassen eines Güterkraftfahrzeugs ist im Berichtsjahr um 30 gestiegen und weist damit deutlich auf die vorhandenen Defizite im Bereich der LKW Sicherheit hin. Im aktuellen Koalitionsvertrag signalisieren die Union und die SPD zwar ihre Bereitschaft, sich für eine Verschärfung der Anforderungen für Notbremssysteme einzusetzen. Hier etwas zu ändern wäre allerdings nur der EU möglich. Dort aber reden Staaten wie die Re-

publik Moldau oder Kirgistan mit, die kaum ein Interesse an strengeren Richtlinien haben werden. Deshalb herrscht Stillstand, wie von der Unfallforschung kritisiert wird.³ Und von dem Ziel der „Vision Zero“, die Zahl der Verkehrstoten in der Zeit von 2010 bis 2020 um 40 Prozent zu senken, ist nicht nur Deutschland weit entfernt, denn auch europaweit ist kein Rückgang der Verkehrstoten zu erkennen. Auf Europas Straßen sind im vergangenen Jahr 25.300 Menschen gestorben, also wöchentlich 500 Tote.⁴

Im Landkreis Karlsruhe wurden im Berichtsjahr 10.735 Verkehrsunfälle registriert. Damit stieg dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr um 8,2 Prozent. Die Mehrzahl waren sogenannte Bagatellunfälle. Bei 1.255 Unfällen war Personenschaden eingetreten, was einem Anstieg von 6,0 Prozent entspricht. Es verunglückten dabei insgesamt 1.549 Personen, was einen Anstieg von 3,6 Prozent bedeutet. 14 Menschen verunglückten tödlich gegenüber 13 im Vorjahr. Fußgänger waren bei 141 Unfällen beteiligt und damit 2,2 Prozent mehr als im Jahr 2016. Angestiegen ist auch die Zahl der an einem Unfall beteiligten Radfahrer. Waren es im Jahr 2016 insgesamt 333 Verkehrsunfälle mit Radfahrern, so lag die Zahl im Berichtsjahr bei 337 Beteiligten. Diese Zahlen⁵ machen deutlich, dass auch im lokalen Bereich von einer Entwarnung bei der Sicherheit im Straßenverkehr keine Rede sein kann.

Die im Vorjahresbericht angezeigte Studie des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg zur Nutzung und Wirkung von Fahrradhelmen wurde im Berichtsjahr der Öffentlichkeit vorgestellt. Wie nicht

¹ BRUCHSALER RUNDSCHAU v. 28.02.2018

FAZ v. 28.02.2018, S. 7

² FAZ v. 08.03.2018, S. 15

³ FAZ v. 08.03.2018 a. a. O

⁴ BRUCHSALER RUNDSCHAU v. 11.04.2018

⁵ BRUCHSALER RUNDSCHAU v. 03.03.2018

anders zu erwarten, kommt die Studie zum Ergebnis: „Fahrradhelme sind geeignet, die Zahl schwerer Kopfverletzungen bei Fahrradunfällen signifikant zu verringern“. Dementsprechend sind die Stimmen nicht zu überhören, dass die vom Land Baden-Württemberg hierfür aufgebrauchten € 200.000,00 besser in konkrete Maßnahmen zur Radverkehrssicherheit investiert worden wären.⁶ Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler sei dies ein typischer Fall von „Gutachteritis“. Für externe Gutachten werde immer noch zu viel Geld ausgegeben. Es sei höchste Zeit, diese Praxis zu stoppen.

Wie sehr die Bedeutung der Sicherheit im Straßenverkehr im Berichtsjahr in den Hintergrund gedrängt wurde, zeigen zwei Beispiele. Der sogenannte Dieselskandal hat die öffentliche Diskussion so stark überlagert, dass kaum noch Raum für die Diskussion über den Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Menschen bei ihrer Teilnahme am Straßenverkehr geblieben ist. Es ist einem verhältnismäßig kleinen und selbst ernannten Verein für Umwelthilfe Dank seines Rechts auf Verbandsklage ohne eigenes wirtschaftliches Risiko gelungen, in Deutschland Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit vor sich her zu jagen und Hunderte von Milliarden Euro an Anlagewerten ungestraft zu vernichten. In anderen europäischen Ländern, in denen der Anteil der Dieselfahrzeuge am gesamten Fahrzeugbestand höher ist, belächelt man Deutschland.⁷

Demgegenüber wurde in Baden-Württemberg ohne großes öffentliches Aufbegehren durch die Neufassung der gemeinsamen Verwaltungsvorschrift des Innen- und des Kultusministeriums die Zahl der Unterrichtseinheiten bei der Radfahrausbildung um 20 Prozent von fünf auf vier verringert.⁸ Welche Auswirkungen

diese Maßnahme, die angeblich Polizeibeamte zur Terrorismusbekämpfung freisetzen soll, auf die Sicherheit der kleinsten und schwächsten Verkehrsteilnehmer haben wird, fand hierbei keine Berücksichtigung. Die u.a. vom Polizeipräsidium Karlsruhe seither angebotene freiwillige Übungseinheit für Eltern mit Kindern wiegt das Defizit bei Weitem nicht auf, wird erfahrungsgemäß auch nur sehr zurückhaltend angenommen und bindet gleichwohl Polizeikräfte.

Die Verkehrswacht Bruchsal-Bretten hat sich bereits frühzeitig öffentlich gegen die beabsichtigte Kürzung der Unterrichtseinheiten ausgesprochen, die vom Polizeipräsidium Karlsruhe schon vor dem Inkrafttreten der geänderten Verwaltungsvorschrift praktiziert wurde.⁹ Demgegenüber haben sich die Verkehrswachten im Land mit einer vagen Absichtserklärung des zuständigen Innenministeriums abspesen lassen, nach 3 Jahren zu überprüfen, ob die Kürzungsmaßnahme noch erforderlich ist. Es bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten vorauszusehen, dass eine einmal vollzogene Einsparung von Polizeibeamten im Bereich der Verkehrserziehung nicht wieder rückgängig gemacht wird.

Während im Bereich des Umweltschutzes durch das Instrument der Verbandsklage von beherzten Verbänden gegen allerlei vermeintliche Sünden gerichtlich vorgegangen werden kann, herrscht im Bereich der Sicherheit im Straßenverkehr große Leere. Es bleibt abzuwarten, ob die in einigen Bundesländern, wie z.B. in Berlin, vorhandenen Bestrebungen, auch für den Bereich der Verkehrssicherheit die Möglichkeit einer Verbandsklage vorzusehen, von Erfolg gekrönt werden. Dabei könnte allerdings die kuriose Situation eintreten,

⁶ Vgl. Jürgen Bock in Stuttgarter Nachrichten v. 13.01.2017

⁷ Vgl. KLAUE in FAZ v. 22.03.2018, S. 25

⁸ Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des

Innenministeriums und des Kultusministeriums zur Radfahrausbildung in der schulischen Verkehrserziehung (VwV - Radfahrausbildung) vom 16. August 2017 Az.: 3-1132.2/152(IM) –und –Az.: 12-6520.1-120/547(KM)

⁹ Vgl. Brettener Nachrichten v. 02.05.2017, S. 25

dass Vereine, wie z.B. die Verkehrswachten, gegen ihren eigenen Schirmherrn, den Innenminister, klagen müssten. Dies wäre aber bei den engen personalen und strukturellen Verflechtungen mit dem Dienstherrn der Polizeibeamten ein sehr mutiges Unterfangen.

Vereinsarbeit

Der Verkehrswacht Bruchsal-Bretten gehörten im Berichtsjahr insgesamt 65 Mitglieder an, darunter alle 16 Kommunen in ihrem Einzugsbereich.

Der Vorstand setzte sich aus den folgenden Personen zusammen:

Vorsitzender:	Klaus Droxler
Stv. Vorsitzender:	Karl Neithardt
Schatzmeister:	Anton Gentischer
Schriftführer:	Wolfgang Merkle
Beisitzer:	Herbert Best
	Heinz-W. Rößler
	Helmut Storck

Im Berichtsjahr hatte die Verkehrswacht Bruchsal-Bretten Ausgaben in Höhe von knapp € 16.000,00. Dabei lag ein Schwerpunkt der Ausgaben auf dem Bereich der schulischen und vorschulischen Verkehrserziehung mit € 7.117,20. Diesen standen Mitgliedsbeiträge in Höhe von etwa € 12.000,00 gegenüber, so dass die Ausgaben allein aus den Mitgliedsbeiträgen nicht hätten bestritten werden können. Die Differenz konnte durch Zuweisung von Geldauflagen der Gerichte und der Staatsanwaltschaft sowie durch Zuschüsse gedeckt werden.

Zum Schulanfang wurden wieder die ausschließlich durch die Verkehrswacht Bruchsal-Bretten finanzierten insgesamt 2.421 Gelben Mützen an die Schulanfänger ausgegeben, welche die Kraftfahrer an die besondere Schutzbedürftigkeit der kleinen Verkehrsteilnehmern erinnern sollen. Außerdem wurden 100 gelbe Warnschutzwesten angeschafft, die bei diver-

sen Gelegenheiten für Kinder zum Einsatz kommen.

Im Berichtsjahr wurde verstärkt der persönliche Kontakt zu Kindertagesstätten gesucht, um für die Durchführung von Veranstaltungen in den Einrichtungen zu werben. Dementsprechend konnten bei 5 Elternveranstaltungen in Kindergärten im Programm „Kind und Verkehr“ Eltern von Schulanfängern mit den besonderen Problemen der kleinen Verkehrsteilnehmer vertraut gemacht werden. Ziel der Veranstaltungen ist es, die Eltern der Schulanfänger verstärkt in die Verkehrserziehung ihrer Kinder mit einzubeziehen, weil sie als Eltern den größten Einfluss auf die Erziehung der Kinder haben und deshalb bei den Veranstaltungen vermittelt bekommen, worauf sie bei der Vorbereitung auf den Schulweg achten sollten.



Zu Besuch in der Jugendverkehrsschule Bretten: Kindergarten „Am Lindenplatz“ Oberderdingen

Bei 13 Veranstaltungen mit Kindergärten wurden 143 angehende Schulanfänger in der Jugendverkehrsschule Bretten im Rahmen des Programms „Kinder im Straßenverkehr“ auf ihren Schulweg vorbereitet. Unter fachkundiger Anleitung lernen Kinder bei diesem Verkehrssicherheitstag des Kindergartens im Schonraum der Jugendverkehrsschule, sich sicher im öffentlichen Straßenverkehr zu bewegen.



Jugendverkehrsschule in Bretten

Auf eine gute Resonanz gestoßen ist ein Fahrsicherheitstraining des Edith-Stein-Gymnasiums Bretten, das die Verkehrswacht Bruchsal-Bretten auf dem Verkehrsübungsplatz in Vaihingen/ Enz für die jungen Fahrer veranstaltet hat.

Bei zwei Veranstaltungen zum Thema „Alkohol in der forensischen Praxis“ wurden Rechtsreferendare des Landgerichts Karlsruhe im Rahmen eines wissenschaftlich begleiteten Trinkversuches auf ihre Tätigkeit bei Gerichtsverhandlungen vorbereitet.

Beteiligt hat sich die Verkehrswacht Bruchsal-Bretten im Berichtsjahr am „Brettener Frühling“, einem verkaufsoffenen Sonntag in der Brettener Innenstadt, mit einem Fahrradparcours, der besonders von jungen Familien rege besucht wurde.



Jugendverkehrsschule beim „Brettener Frühling“

Dabei kam erstmals in der Öffentlichkeit der neu angeschaffte Kindergurtschlitten zum Einsatz, bei dem insbesondere für das kindliche Publikum die Wucht des

Aufpralls und die Schleuderweite bei der nicht angeschnallten Puppe beeindruckend waren.



Der Kindergurtschlitten im Einsatz

Bei zwei Vortragsveranstaltungen für Senioren wurde der Frage nachgegangen, welche besondere Rolle ältere Verkehrsteilnehmer bei ihrer Teilnahme am Straßenverkehr spielen. Insbesondere wurde sowohl auf das Erfordernis zur beständigen Selbstprüfung als auch auf moderne Fahrerassistenzsysteme hingewiesen.

Der Schwerpunkt der Arbeit der Verkehrswacht Bruchsal-Bretten lag auch im Berichtsjahr wieder bei den Jugendverkehrsschulen in ihrem Bereich. In den Stationären Jugendverkehrsschulen in Bretten und in Bruchsal sowie in der Mobilen Jugendverkehrsschule der Verkehrswacht Bruchsal-Bretten wurden im Berichtsjahr insgesamt 1.874 Kinder geschult. Es hat sich erneut gezeigt, dass die Ausbildung in einer der beiden Stationären Jugendverkehrsschulen der Ausbildung auf dem eigenen Schulhof oder anderen Behelfen weit überlegen ist und zu besseren Ergebnissen führt. Die Verkehrswacht Bruchsal-Bretten strebt deshalb in ihrem Zuständigkeitsbereich eine solche Versorgung mit Stationären Jugendverkehrsschulen an, dass kein Schüler einen Weg von mehr als 10 Entfernungskilometern bis zum Erreichen einer solchen Schule zurückzulegen hat. Damit soll jedem Kind die Gelegenheit geboten werden, eine optimale Radfahr-

ausbildung zu erhalten, die u.U. einmal lebensrettend sein kann.

Im Berichtsjahr hat aus Anlass des Fahrradjubiläums das Innenministerium Baden-Württemberg im Rahmen der Aktion „Gib Acht im Verkehr“ bei den an der Radfahrausbildung teilnehmenden Schülern in ganz Baden-Württemberg einen Malwettbewerb ausgelobt. Aus dem Bereich der Verkehrswacht Bruchsal-Bretten waren zwei Kinder erfolgreich: Mariella Bender aus Langenbrücken und Simon Keller aus Rheinhausen. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde ihnen dieser Tage ihr Preis, eine Freikarte für den Europapark in Rust, überreicht.



Vordere Reihe (von links):
Simon Keller (2.), Mariella Bender (4.) mit ihrem Siegerbild

Die bereits erwähnte geänderte Gemeinsame Verwaltungsvorschrift enthält erstmals beispielhafte Vorgaben für die Anlage von Jugendverkehrsschulen. Gab es in der Vergangenheit lediglich in den Förderrichtlinien Anhaltspunkte für das Aussehen einer Jugendverkehrsschule, enthalten die nun vorliegenden Anlagen zur Gemeinsamen Verwaltungsvorschrift genaue zeichnerische Maße und Inhalte für die Gestaltung der Schule. Allerdings sind diese Vorgaben nicht verpflichtend für die Kommunen als Schulträger. So ist die Polizei nach wie vor gehalten, die praktische Radfahrausbildung weiterhin auch auf völlig ungeeigneten Geländen wie z.B. Schulhöfen oder Parkplätzen durchzuführen. Der vom Polizeipräsidium Karlsruhe im Berichtsjahr gestartete Versuch, die Radfahrausbildung – auch zur eigenen Perso-

naleinsparung – für den nordwestlichen Teil des Einzugsgebietes nur noch in der Jugendverkehrsschule in Bruchsal anzubieten, hat bei Schulen und Gemeinden zu erheblicher Irritation geführt und wurde deshalb nach geraumer Zeit wieder aufgegeben. Es bleibt deshalb allein der Weg der überzeugenden Werbung bei den betroffenen Schulen und Gemeinden, im Interesse der zu schulenden Kinder nach Möglichkeit Gebrauch von den bereits vorhandenen stationären Jugendverkehrsschulen in Bretten und Bruchsal zu machen.

Zur besseren Versorgung der Schulen mit geeignetem Übungsgelände ist die Verkehrswacht Bruchsal-Bretten deshalb derzeit in Planungsverhandlungen mit der Stadt Waghäusel zur Einrichtung einer modernen stationären Jugendverkehrsschule an der Schiller-Schule im Stadtteil Kirrlach, die dann auch von den Schülern der umliegenden Gemeinden gut erreichbar wäre und auch von ihnen zur Radfahrausbildung besucht werden könnte.

Im Hinblick auf die wachsende Verbreitung von elektrounterstützten Fahrrädern, sog. Pedelecs, soll die Jugendverkehrsschule in Bretten eine räumliche Erweiterung erfahren, um dann mit diesen Fahrrädern praktische Fahrübungen veranstalten zu können. Die entsprechenden Planungsverhandlungen mit der Stadt Bretten sind bereits weit gediehen. Schon in den nächsten Tagen wird die Verkehrswacht Bruchsal-Bretten in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Bretten die ersten praktischen Fortbildungsveranstaltungen für den Gebrauch, die Wartung und die Reparatur von Pedelecs anbieten, für die ein reges Interesse der Öffentlichkeit erkennbar ist. Ein Brettener Fahrradhändler hat auch seine mitwirkende Unterstützung angeboten, so dass ausreichend Anschauungsmaterial vorhanden sein und Gelegenheit zur Probefahrt bestehen wird.